

Erstmal täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementspreis
vierteljährlich für Halle und durch
die Post bezogen 2 Mark.

Insertionspreis
für die viergespaltene Corpus-
zeile oder deren Raum 15 Pf.

Halle'sches Tageblatt.

Dreiwöchentlichster Jahrgang.
Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Beilagegebühren 9 Mark.

Insertate
für die nichtfolgende Nummer
bestimmt werden bis 9 Uhr Vor-
mittags, größere dagegen tags
zuvor erstehen.

Insertate befördern sämtlichste
Annoncen-Bureau.

Nr. 177.

Dienstag, den 1. August.

1882.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Aug. Apelt, Leipzigerstr. 8, Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67,
Albert Schmidt, Domplatz 8, F. W. Matte, „Zum Gattenberg“, Königstraße 20e, Ludw. Kramer, Diemitz.

Für die Monate August und September
eröffnen wir ein besonderes Abonnement
zum Preise von 1 Mark 50 Pfennig.
Bestellungen werden bei allen Reichs-
Postanstalten, in Halle in der Expedition
und von unsern Voten angenommen.

Die französische Ministerkrisis.

Nicht am Nil allein geschienen Wunder — auch an der Seine Strand treibt der heißblütige Sinn der Franzosen seltsame Blüten. Gambetta ging an seinem Eigenwillen zu Grunde und machte seinem Nachfolger das Leben sauer. Freycinet imponierte durch seine Ruhe und Besonnenheit in der innern und auswärtigen Politik und gewann das Vertrauen seiner Landsleute so sehr, daß die vor kurzem drohenden Welterwölfe durch ein glänzendes Vertrauensvotum verjagt wurden. Man soll aber nicht den Tag vor dem Abend loben, heute heißt es bei den Franzosen „Hojanna“, morgen „Kreuzige ihn“.

Die französische Deputiertenkammer hat das Ministerium Freycinet gestürzt, indem sie mit überwältigender Majorität die Kreditvorlage zum Schutze des Suezkanals abgelehnt hat. Es ist schwer, sich den Sinn und die Tragweite dieses Kammerbeschlusses klar zu machen, da an demselben ebenso sehr die Anhänger einer energischen Interventions- und Kriegspolitik (die Gambettisten) wie diejenigen der strengsten Enthaltung theilgenommen haben, und für die letztere ebenso sehr die Radikalen wie die Mehrzahl der gemäßigten Republikaner eingetreten sind. Daß von allen Fraktionen der Kammer die Gambettisten sich am meisten über diesen Ausgang freuen und sehr viel dazu beigetragen haben, ihn herbeizuführen, ist gewiß. Ein Sieg Gambetta's liegt aber darum nicht vor; denn die Kammer hat, indem sie die Vorlage pure und ohne irgend welchen Ersatz ablehnte, nicht nur die halbe und eingeschränkte Intervention im Sinne Freycinet's, sondern überhaupt jede Aktion verworfen. Würde doch vor der Ablehnung der Regierungsvorlage ein weitergehender Antrag Langlois, der die Erhöhung des Kredits auf 40 Millionen zum Zwecke einer umfassenden Expedition verlangte, von der Kammer durch die Vorfrage bestätigt! Ein Ministerium Gambetta mit der unvermeidlichen militärischen Aktion im großen Stile will man also nicht; aber ebenso wenig will man ein Ministerium Clemenceau, wie die radikale Minorität wohl selbst einräumen wird. Was also will die Kammer eigentlich? Das ist eben die Signatur der Lage, das sie selbst nicht weiß, was sie will, daß eine geschlossene, gleichwohl Majorität nicht vorhanden ist und daß der getriggerte Kammerbeschluss dem Präsidenten Grévy keinerlei Direktive für die Bildung eines neuen Kabinetts an die Hand gibt. Es bleibt ihm nichts übrig, als entweder durch Kammerauf-

lösung und Ausschreibung von Neuwahlen an das Land zu appellieren — was aber im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr mißlich, ja bedenklich ist — oder den Versuch einer Neubildung des Kabinetts etwa aus denselben Elementen zu unternehmen, auf denen das gestürzte beruht. Wird der letztere Weg betreten, so hat die Berufung des Kammerpräsidenten Brisson viel Wahrscheinlichkeit für sich. Brisson gehörte früher zu den Freunden Gambetta's, nimmt aber schon seit längerer Zeit eine völlig unabhängige, ja Gambetta feindliche Stellung ein, gegen dessen Sittenstratium und ähnliche diktatorische Pläne er Front machte. Er galt als eine der loyalsten Stützen des Kabinetts Freycinet und erfreut sich wegen seines streng sachlichen und geraden Wesens des allgemeinen Vertrauens der Kammermehrheit. Aber weder ein Ministerium Brisson noch ein Ministerium Léon Say-Ferry-Bisot (um noch eine der in den Vordergrund tretenden Kombinationen zu nennen) würde mit der jetzigen Kammer nach Innen wie nach Außen eine wesentlich andere Politik verfolgen können als das bisherige Kabinet, und man begreift nicht recht, warum dasselbe eigentlich gestürzt worden ist.

Die alten Minister führen die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts fort. Am Sonntag wollte Grévy mit den Mitglieder der beiden der beiden Kammern unterhandeln. Naturgemäß hat die neueste Wendung einen Rückschlag auf die militärischen Operationen ausgeübt. Infolge des Kammervotums sind alle Bewegungen bei der Armee wie bei der Flotte sistirt, Admiral Konrad erhielt den Befehl, bei etwaigen Vorgängen in Ägypten strikte Neutralität zu beobachten. Die französischen Schiffe haben Befehl erhalten, das Durchfahren des Suezkanals einzustellen und in Port Said Station zu nehmen.

Die Neubildung des Kabinetts dürfte jedenfalls auf nicht geringe Schwierigkeiten stoßen, und das eintretende Provisorium wird, so kurze Zeit es auch dauern mag, gewiß nicht dazu beitragen, die Stellung Frankreichs dem Auslande gegenüber zu fäulen. Für den Augenblick scheidet Frankreich aus der Reihe der mitbestimmenden Faktoren in der ägyptischen Frage aus.

Politikches Tagesbild.

Die Sitzungen der Konferenz pausieren im Augenblicke. Nachdem die französische Kammer durch den Sturz Freycinet's die Situation wieder auf den Kopf gestellt hat, bleibt der europäischen Diplomatie eine neue harte Aufgabe, und doch war Alles so schon eingeleitet, die Türkei will mitthun, John Bull heißt in der sauberen Arabi Pascha das „Pater peccavi“. Die französische Regierung soll in Kenntnis gesetzt worden sein, daß Deutschland, Österreich, Rußland und Italien übereingekommen sind, die Porte in Gemeinschaft mit England in Ägypten einzutreten zu lassen, und daß England damit einverstanden ist, damit die ägypti-

sche Frage so wieder in die Hände von ganz Europa gelegt wird. Die Porte springt mit beiden Füßen in ihre neue Rolle hinein. Ein vom Minister des Auswärtigen, Said Pascha, an die diplomatischen Vertreter der Türkei bei den Mächten vom 27. I. W. gerichtetes Rundschreiben lautet: Im Verfolg meiner Mitteilung vom 24. d. Mts. beile ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß die Porte, entschlossen, von ihren unanfechtbaren Souveränitätsgerechten in Ägypten wirklich Gebrauch zu machen und dadurch ohne allen Verzug die Wiederherstellung der Ruhe daselbst zu sichern, beschloß sich, sofort eine genügende Truppenmacht an Ort und Stelle zu senden. Die hierzu notwendigen Maßnahmen sind bereits getroffen und steht diese militärische Aktion im Begriffe, ins Werk gesetzt zu werden. Ich ersuche Sie, den dortigen Minister des Auswärtigen hieron in Kenntnis zu setzen.

Wie „M. T. B.“ aus Konstantinopel ferner meldet, hat Achmed Mustafa Pascha die erforderlichen Dispositionen getroffen, um in einzelnen aufeinander folgenden Abtheilungen ein etwa 20000 Mann starkes Expeditionskorps nach Ägypten zu senden. Derwisch Pascha ist zum Befehlshaber der türkischen Truppen in Ägypten ernannt worden. Die Gesamtzahl der zur Verwendung kommenden Bataillone wird 62 betragen, von denen einige aus Syrien kommen werden. Die Ausrüstung der Truppen, die weiße Monturen tragen sollen, wird etwa zehn Tage beanpruchen. Daß die englische Regierung gegen die Mitwirkung der Porte zur Wiederherstellung des status quo ante in Ägypten keinen Widerspruch erhebt, darüber kam nach der Rede Gladstone's im Unterhause kein Zweifel bestehen, wenn auch die „Times“ mit Misstrauen auf die Entscheidung der Porte blicken. Das Eingebild sagt: Sie habe Grund zu der Behauptung, daß die von der Porte neuerdings eingenommene Haltung den handgreiflichen Unfriede habe, zwischen England und den Conferenzmächten zuzuwenden zu läßt; die Mächte seien indessen völlig übereingestimmt, daß die Intervention Englands in Ägypten niemals absolut notwendig sei. An eine Verbindung derselben werde nicht gedacht und es sei nicht einmal Neigung vorhanden, gegen dieselbe zu protestieren. Die Kooperation der Türkei könne nur unter Bedingungen angenommen werden, welche deren Aufrichtigkeit vorher garantirten. Dagegen scheint die Controverse zwischen dem englischen Kabinet und der Porte bezüglich der Proklamation des Sultans, welche Arabi als Rebellin erklärt, noch nicht ausgeglichen zu sein. Lord Dufferin sandte Sanbosen mit Erklärungen zu dem Sultan, in denen auf die Notwendigkeit des Erlasses der Proklamation gegen Arabi Pascha und auf die Unmöglichkeit, die englischen Truppen aus Ägypten zurückzuziehen, hingewiesen wird, der Sultan scheint aber noch keine positive Antwort gegeben zu haben. Daß in der Konferenzsitzung am 26. d. der Antrag Englands auf Erlaß einer

Eva.

Eine Erzählung aus dem Leben von D. Bach.
(Fortsetzung.)

Viele behaupteten, daß er dieselbe im Auftrage seines verstorbenen Herrn machte, und auch die Witwe des Grafen Wislizen, die den treuen Diener ihres Gemahls stets mit mißtrauischen Blicken betrachtete hatte und seinen Einfluß fürchtete, theilte diese Ansicht und suchte durch ihren Schwager Grafen die Wahrheit zu erfahren, aber an der Verschwiegenheit des Grafen scheiterten alle Pläne und Fragen, und ihr Groll gegen den alten Mann nahm zu, während er seinen Fuß bei den Verwandten ihres Gemahls faste. Auch nach dem Tode des Grafen Eufor von Erbach setzte Franz seine alljährlichen Reisen fort, und als Egon die Verpfändung antrat, war diese Gewohnheit so zur Thatsache geworden, daß er ihm ganz von selbst den alljährlichen Urlaub erteilte, ohne nach dem Zwecke zu forschen.

Die Damen des Erbach'schen Hauses theilten nicht die Neigung für Franz, die ihm von Seiten seiner Gebieter zu Theil geworden war, und besonders war es Gräfin Angelika, die den Kammerdiener ihres Gemahls mit recht mißgünstigen Blicken betrachtete. Ihrem Hochmuth mißfiel die Art und Weise, in der der alte Mann mit seinem jungen Gebieter, den er auf den Armen getragen hatte, verkehrte. Der Einfluß, den der treue Diener unwillkürlich auf Egon ausübte, beleidigte sie in der Seele ihres Gemahls — und nur mit Widerwillen fügte sie sich darin, daß Franz seine Stellung so behielt, wie sie der alte Graf ihm in seinem Hause angewiesen hatte.

Von Erbach's Verhältnis zu Eva Runge hatte Franz keine Ahnung. Er stand zu jener Zeit im Dienste der alten Gräfin und wußte nichts weiter, als daß damals sein junger Herr einer armen Familie hilfsreich die Hand geboten, ein Beweis von Wohlthätigkeit, der in der gräflich Erbach'schen Familie keine Seltenheit war.

Kurz nach der Hochzeit des jungen Grafen trat Franz wieder jenseits geheimerer Reisen an, aber wieder kehrte er mit traurigen, blaffen Gesicht zu und das weise Haupt des Mannes schien noch gebeugter als vorher, und auf die

theilnehmende Frage seines Herrn, was ihn denn so tief bekümmere, schaute er mit einem eigenthümlich forschenden Blick zu dem Grafen auf und den Kopf leise schüttelnd, meinte er:

„Es ist mein Kummer allein, Erlaucht! Ein Anderer als ich hat schwerer daran getragen. Aber endlich — endlich muß sich doch das Dunkel lichten und dann, gnädiger Herr, sage ich Ihnen Alles! Jetzt kommt's nichts nützen. Ich trags so lange mit mir herum, bis es notwendig wird, einen Helfer zu haben und der, Erlaucht, müssen Sie sein!“

„Wenn's in meinen Kräften steht, kannst Du, mein Alter, gewiß auf meine Hilfe rechnen. Aber die Reisen sind nicht mehr für Dich — vertraue einem Anderen damit.“

„Geht nicht, Erlaucht, geht nicht,“ meinte Franz fest, „ich allein habe die Verpflichtung und werde sie so lange erfüllen, bis ich entweder das Ziel meiner Nachforschungen oder das Ziel meines Lebens erreicht habe.“

Damit war die Unterhaltung über das Thema abgebrochen.

Franz kam, wie stets, seinen Funktionen gewissenhaft nach, und außer der jungen Gräfin, die in den geheimnisvollen Fahrten des alten Mannes etwas Unheimliches ahnte, dachte Niemand weiter darüber nach.

So waren Monate vergangen, ohne daß sich in den Verhältnissen des gräflichen Paares etwas geändert hätte. Man gab Gesellschaften, erwiderte die Besuche, welche in endloser Zahl aus dem Schlosse eintrafen, und ein zu erwartendes Familienereignis, das nicht allzufern lag, ließ das Herz Angelika's in hohem Entzücken schlagen, stimmte auch Egon froh, wenn sich auch ein wehmüthiges Gefühl in die Freude mischte. War ihm doch gerade an jenem Tage, wo ihm seine Gemahlin mit helbem Erwidern das große Geheimnis zuflüsterte, die Kunde gekommen, daß der Knabe, den Eva ihm geschenkt, verschwunden sei und sich bisher noch keine Spur gefunden habe, und wie die Vorahnung eines düsteren Geschicks erschien ihm die Vorkchaft, die ihn von Neuem an das größte, fast einzige Unrecht seines Lebens mahnte. Er wagte es nicht, mit Eva über das traurige Ereignis zu sprechen und von Tag zu Tag,

von Woche zu Woche verschob er es, an sie zu schreiben, bis dann der erste so schmerzliche Eindruck verließ war und das Ganze eine andere Färbung in seiner Seele annahm.

Der leise Verdacht, der in ihm aufstauete, wurde nach und nach zur Gewißheit, und ein Gefühl der Enttäuschung überkam ihn bei dem Gedanken, daß dadurch seine Verpflichtungen gegen Eva und das Kind geringer wurden, da Eva mit dieser Handlung — im Fall sie sie begangen — das letzte Band zwischen ihm und ihr zertrüßte hatte.

In diesem Moment erschien ihm die Vergangenheit wie begraben; er wollte die Erinnerung daran erlösen, und trotzdem das reizvolle Bild des schönen, unglücklichen Mädchens wieder lebhafter denn je vor seine Seele trat und sein Herz härter klopfen machte, suchte er diese Entscheidung als eine glückliche zu betrachten, hielt er es jetzt doppelt für seine Pflicht, die letzte Strömung zu Gunsten Eva's zurückzudämmen, sie als für ihn nicht mehr existierend zu betrachten.

Erniedere, heiligere Verpflichtungen traten an ihn heran. Erniedere, heiligere?

Die Frage tönte oft in seinem Herzen wieder, ohne aber eine Antwort zu finden, und erst als das erwartete Ereignis eintrat, als ihm ein Erbe, ein Träger seines erlauchten Namens geboten worden war, als ihm der rosig Knabe, den er mit Zug und Recht als seinen rechtmässigen Sohn küssen durfte, in den Arm gelegt wurde, als die junge Frau, in dem strahlenden Glücke berechtigter Mutterstolzes zu ihm aufblickte, um den Glückwunsch aus seinem Munde zu empfangen, kam ihm das echte Vatergefühl, und stolz fühlte er sich jetzt erst als der Stammhalter eines vornehmen Geschlechts, der die Verpflichtung hatte, die Ehre und die Würde seiner Familie aufrecht zu erhalten.

Wunderbarer Weise aber hielt das Gefühl nicht lange bei ihm an. Zwischen ihm und das empfindende Glück stellte sich ein anderes, liebliches Kinderantlitz, dem er eben so nahe stand, als dem in seinen Krüppeln ruhenden Knaben, und wenn seine Augen seine Gemahlin trafen, die sich

solchen Proklamation die Zustimmung sämmtlicher Botschafter gefunden hat, wird durch eine Depesche des „Neut. Bur.“ aus Konstantinopel bestätigt.

Von ferne zeigt sich jedoch die Gefahr einer gewissen Kollision zwischen der englischen und türkischen Intervention. Es scheint, daß die Pforte sich mit der Absicht trägt, die englische Aktion in Ägypten überflüssig zu machen und bei Seite zu schieben. Es haben die türkischen Bevollmächtigten bei der Konferenz den Botschaftern der Mächte eine schriftliche Erklärung übermittelt, in welcher es heißt: „Die Pforte sei im Begriff, auf den in der letzten Sitzung der Konferenz erläuterten, von ihr zur Kenntnis genommenen Grundlagen der Note der Botschafter vom 15. Juni cr. Truppen nach Ägypten zu entsenden. Im Vertrauen auf die Willigkeit der Mächte und deren wohlwollenden Entschluß, die souveränen Rechte des Sultans zu achten, hoffe die Pforte, daß die Alexandrien occupirenden Truppen Ägypten verlassen werden, sobald türkische Truppen daselbst eingetroffen seien.“ England kam, nachdem es in Folge der ägyptischen Haltung der Pforte nun einmal zur Intervention geschritten ist, nicht mehr zurück. Wie die Konferenz sich zu der von der Pforte aufgeworfenen Frage stellt, darüber verlautet noch nichts; doch liegt bereits eine offiziöse Äußerung aus Petersburg vor, welche sich mehr auf die Seite der Pforte als auf die Engländer stellt. Das „Journal de St. Pétersbourg“ meint, die englische Regierung stelle das Mandat, welches sie sich selbst erteilt habe, über das, welches der Pforte durch die Konferenz erteilt sei. Es sei nicht wahrscheinlich, daß die Pforte diese Lage der Dinge acceptiren werde. Die Pforte werde Truppen entweder schicken kraft des europäischen Mandates oder als suzeräne Macht, oder sie werde auf die Intervention verzichten. Im Falle einer türkischen Expedition würden also zwei Armeen auf dasselbe Ziel hinarbeiten, sich aber ihre gegenseitige Berechtigung bestreiten, und das auf einem Gebiet, wo auch die Interessen der übrigen Mächte in Frage kämen. Die hieraus sich ergebende schwierige Situation erhebe die Fortdauer der Verhandlungen zwischen den Mächten im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens im Orient.

In verächtlichem Sinne spricht sich auch der Reichs-Offizier der „Köln. Z.“ aus: England hat gegenüber den unerwarteten Entschlüssen der Pforte bezüglich Ägyptens noch keine bestimmte Haltung angenommen und scheint vor der Hand noch in verzeigenden Unterhandlungen mit Frankreich und den andern Mächten zu stehen. Bei dem allgemeinen Wunsch Europas, Verwicklungen zu vermeiden, und dem Interesse, welches England daran hat, sich nicht zu vereinigen, ist anzunehmen, daß auch diese Macht sich schließlich der Auffassung anschließen werde, wonach es der Türkei möglichst erleichtert werden sollte, auf dem von ihr nunmehr eingeschlagenen Wege zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Ägypten weiterzuschreiten.

Italien bleibt fest. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Mitteilung: England hatte Italien eingeladen, maßgebend von der Suezkanalfrage sich der militärischen Intervention Englands zum Zweck der Verhinderung der Ordnung in Ägypten anzuschließen. Der Minister des auswärtigen, Mancini, hat darauf unter Aufbietung seines Dankes für diesen neuen Beweis des Vertrauens und der Freundschaft Englands Italien gegenüber, erwidert, daß nachdem die Pforte nunmehr der Einladung aller Großmächte zur militärischen Intervention in Ägypten Folge gegeben und in der betreffenden Note vom 15. b. enthaltenen Vorschläge vollständig und ohne Bedingungen angenommen habe, Italien nicht glaube, außerhalb der Konferenz und ohne sich mit dem augenblicklichen Stand der Dinge in Widerspruch zu setzen, in Verhandlungen über eine anderweite Intervention eintreten zu können.

In solcher Ruhe dem neuen, ersehnten Glück überlassen dürfte, der es vergönnt war, sich in dem Anblick des Sohnes zu sonnen, die sich ganz und voll ihrer Mutterwürde, ihrem hohen Mutterglück überlassen dürfte, dann trat Evas schmerzvollster Anblick vor sein geistiges Auge; ihre rührenden Wunden blühten in seinen Ohren, und das Besondere der Reue, das er mit aller Kraft von sich zu weisen versucht hatte, trat wieder an sein Lager und schenkte dem Schlaf aus seinen Wimpern, das Glück aus seinem Herzen.

Die Taufe des kleinen Grafenjohns wurde mit allem Glanz des Hauses gefeiert. Die verwitwete Gräfin Erbach elite voll Seligkeit herbei; die Eltern der jungen Gräfin besetzten sich, durch lobbare Geschenke ihre Freunde auszubilden. Die Verwandten beider Häuser eilten zu dem Feste, das der heiligen Handlung folgte, herbei, und der junge Sprößling erhielt in der Taufe die Namen Egon Bogumil.

Die grandiose Festlichkeit, welche den größten Theil des Adels im Fürstentum in den gastlichen Hallen des Erbach'schen Hauses versammelt hatte, bot Stoff zu allen möglichen Gerüchten und Beschreibungen, und man benutzte die Gelegenheit, um die Verdienste des alten Adelsgeschlechtes in's hellste Licht zu stellen.

Mit einer unbeschreiblichen Empfindung las Eva von dem Ereigniß, das den Vätern so willkommenen Stoff geboten. Eine feindliche Hand hatte ihr eine Zeitungsnote in die Hände gespielt — und mit zurückgehaltenem Athem — starr, thranenlos, las sie von der Geburt des Kindes, verfolgte sie die Nachrichten, die Bemerkungen, die man über die erlauchten Eltern des Neugeborenen daran knüpfte.

Die Vermählung Egon's hatte sie nicht so fürchtbar getroffen, als die Botschaft von der Geburt eines Knaben, der all' die Rechte erhielt, die ihrem Kinde verlag waren, die sie den fürchtbaren Unterschied lehrten, der zwischen ihr und der Frau lag, die mit Jung und Recht, geehrt von der Welt, geliebt von ihrem Gemahle — sich Mutter nennen durfte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rückkehr der ägyptischen Wirren auf den Nordwesten Afrikas macht sich immer drohender bemerklich. Die „Agence Havas“ läßt sich aus Tripolis melden, daß unter der dortigen maltesischen und jüdischen Bevölkerung lebhaftest Befürchtungen herrschen. Die Konsuln suchten die erregten Gemüther zu beruhigen und der Gouverneur habe erklärt, für Aufrechterhaltung der Ruhe einzustehen. Eine etwaige Erhebung des muslimänischen Elements in Tripolis könnte sich leicht nach Tunis und Alger fortspalten. Bei aller Aufmerksamkeit auf die ägyptische Frage hat Frankreich daher volle Ursache, vorsichtig zu operiren und seine Kräfte zu halten, deren es vielleicht bald in größerem Umfange im Nordwesten bedürfen wird.

Den kriegslustigen und erobersüchtigen Engländern kommt die Willigkeit der Pforte, in Ägypten zu intercediren, ebenso unbequem wie das Anerbieten Arabi Paschas, sich mit billigen Bedingungen unterwerfen zu wollen. Von englischer Seite wird deshalb das Friedensanerbieten Arabi nur als ein türkischer Spitzbubenstreich hingenommen verurtheilt, gleichzeitig aber konträr Admiral Seymour eine „neue Notwendigkeit“ zu einem Bombardement. Wie aus Alexandrien, 28. ds. telegraphirt wird, hat Admiral Seymour ein Schreiben an den Khebidje gerichtet, in welchem er erklärt, daß Fort von Abukir für eine dauernde Basis für die Positionen der Engländer, der Khebidje möge angeben, welche Maßregeln er hiergegen ergreifen könne. Der Khebidje erwiderte, er habe Kamil Pascha nach Abukir geschickt, um die dortige Garnison aufzuführen, sich zu ergeben. Im Falle die Garnison sich weigere, dies zu thun, überlasse er es dem Ermessen Seymour's, welche Maßregeln er ergreifen wolle. Wie es heißt, geht das Ermessen Seymour's dahin, am Montag das Fort Abukir zu bombardiren.

Arabi Pascha hat wirklich den Versuch gemacht, Friedensunterhandlungen anzuknüpfen. Das neuterische Bureau meldet darüber aus Alexandrien vom Sonntag: Die Delegirten aus Kasrbanar sind hier eingetroffen. Man vermutet, dieselben überbringen Vergleichsvorschläge Arabi Pascha's. Der Khebidje und die Ministri haben es abgelehnt, sie als Delegirte zu empfangen und wollen ihren Besuch nur als ein Zeichen der Unterwerfung entgegennehmen.

Die Antwort, die der Sultans und sein Kabinett dem Ursupator erteilen ließ, beweist, daß man an maßgebender Stelle in Alexandrien nicht gewillt ist, sich von dem schlaunen Mann noch einmal täuschen zu lassen; man fordert rundweg: Unterwerfung. Die Unterhandlungen Arabi mit dem Khebidje, welche seit dem Bekanntwerden der Zustimmung der Türkei zur Intervention thatsächlich gepflogen werden, machten auf die Pforte keinen angenehmen Eindruck. Es wäre für letztere ein Sieg gegenüber dem Khebidje gewesen, wenn Arabi den Khebidje Tawil weiter ignorirt und dem Khebidje die Pforte, nach Konstantinopel zu kommen, Folge geleistet hätte. Es ist heute dokumentarisch bewiesen, daß die ganze Mission Derwisch Paschas den Zweck hatte, den Khebidje durch das scharfe Wesen des Albanesen-Bändigers zur terroristischen und Arabi in seinem Widerstande gegen England und den Khebidje zu bestärken. Im Besitze der englischen Regierung befinden sich Papiere, die auch beweisen, daß die Armirung der Forts und der Rückzug Arabi nach dem Innern auf den Rath Derwisch's erfolgten. Das „Neut. Bur.“ meldet des Weiteren aus Alexandrien: Arabi Pascha hat ein Schreiben an Ali Mubarez gerichtet, in welchem er erklärt, er sei nur General der Armes, es sei aber in Kairo eine provisorische Regierung eingesetzt mit einer Nationalversammlung von 300 Mitgliedern. Das englische Telegraphenbureau unterläßt es, anzugeben, was dieses Schreiben Arabi's an Ali Mubarez gerichtet worden ist, ob vor der Anknüpfung der Friedensunterhandlungen oder gleichzeitig mit derselben, und doch wäre eine genauere Angabe des Datums von Interesse, weil sich daraus vielleicht ergäbe, daß Arabi von dem letzten Entschlus der Pforte früher in Kenntniß gesetzt war als die Konferenz, denn der Brief an Ali Mubarez ist bereits inoffiziell eine Einleitung, als Arabi nicht als Ursupator, sondern nur als einfacher „General“ gelten will, der auf Befehl einer provisorischen Regierung und unter Zustimmung der legislativen Versammlung handelt. Seine Anhänger wollen jedoch nicht von ihm ablassen.

Der „Agence Havas“ wird aus Kairo gemeldet, eine daselbst abgehaltene, gegen 360 Personen zählende, aus Ulema, Kadis, geistlichen Würdenträgern, Beamten und Notabeln bestehende Versammlung habe einstimmig Arabi Pascha als Vertretiger des Landes bis zur Herstellung eines friedensliebenden Friedens oder bis zur Vernichtung des Landes proklamirt und den Khebidje als außerhalb des muslimänischen Geheges und außerhalb des Firman's stehend erklärt. Wenig friedensbegehrend klingt die Nachricht: Ali Mubarez Pascha und die Häupter der Ulema's verlangen die Rückkehr der Ministri nach Kairo, weil sie sich in Alexandrien in der Gewalt der Engländer befinden. Ali Mubarez soll Arabi Pascha aufgefordert haben, sich selbst mit dem Khebidje in Verbindung zu setzen. Arabi Pascha hätte aber auf dieses Verlangen ausweichend geantwortet mit dem Hinweise, daß ihm die Betätigung der englischen Mission obliege. Gleichzeitig hätte Arabi Pascha Ali Mubarez den Rath erteilt, nach Kairo zurückzukehren.

Das Urtheil in dem leibziger Hochverratsprozeß gegen mehrere Kuchener ist am Sonnabend gefällt worden und lautet gegen Waunowicz, Hofzantist, Spunber und Desca Jalaski wegen Störung der öffentlichen Ruhe auf einfachen Kerker von 3 bis 8 Monaten mit einem Hafttag in jeder zweiten Woche. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Dänemark ist mit der Verfertigung seiner Seewehr auf das Eifrigste beschäftigt. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Torpedowesen gewidmet.

Da die Aufmerksamkeit der politischen Kreise durch die Vorgänge am Nil und in der französischen Hauptstadt in Anspruch genommen wird, so ist die weitere Entwicklung des Kampfes zwischen Monarchien und Republikanern, der

zur Zeit in Norwegen geführt wird, ziemlich unbeachtet geblieben. Seit König Oskar in der vorletzten Woche des Juni das norwegische Parlament mit einer energischen Thronrede gelöst hat, ruht das parlamentarische Vortage; aber die radikalen Demokraten des Storting entsaften in der Zwischenzeit durch Verabschiedung von Volkswahlmahlungen eine lebhaftest Thätigkeit, um sich auch bei den Kameralen die Mehrheit zu sichern. Dem widerstrebenden Königsstrome wird offen mit der Proklamirung der Republik gedroht, und in einer Volkswahlmahlung zu Stillestand sprach Dänemark es geradezu aus, das norwegische Volk müsse das Königthum aufgeben, wenn das Königthum sein Vortrecht nicht aufgeben wolle. Indessen scheint sich gegen die radikale Agitation auch eine starke Gegenströmung geltend zu machen.

Ueber den aus Madrid gemeldeten Versuch eines Attentates gegen den Ministerpräsidenten Sagasta werden der „Voss. Ztg.“ weitere Mittheilungen gemacht. Danach befanden sich in der Nacht vom 20. d. M. in einem öffentlichen Kaffeehause zu Granada mehrere Gäste, die sich in ziemlich lebhafter Stimmung über den gegenwärtigen Notstand in Andalusien unterhielten und von denen einer schließlich äußerte, daß schon in den nächsten Tagen eine Explosion in Madrid! allem Elend ein Ende machen werde. Ein in der Nähe befindlicher Polizeistruß erstattete hieron Anzeige und es gelang thatsächlich in Folge der angestellten Nachforschungen in Madrid festzustellen, daß bald darauf ein unter der Adresse des Ministerpräsidenten in Granada aufgegebenes Paket von der Post empfangen worden war. Die Unteruchung desselben hat ergeben, daß es genau den von den russischen Missionen verwendeten Postpaketen entspricht, welche bei der Eröffnung selbstthätig explodiren.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Juni.

Die Ueberlieferung des Prinzen Karl, sowie der gesammelten Hofhaltung desselben nach dem Schlosse Wilhelmshöhe wird nächsten Mittwoch, den 2. August, stattfinden.

Die „Kreuz-Ztg.“ stellt in Abrede, daß Herr v. v. Koller, der Präsident des Abgeordnetenhauses, als Oberpräsident von Pommern ansetzen sei.

Graf Wilhelm Bismarck läßt sich in Schlawe als Kandidat aufstellen, an Stelle des freikonserativen Abgeordneten Vubendorf, welcher seiner Zeit als „freiwillig“ eine zeitige Unterproposition zu überwinden hatte.

Die Heimleitung, welche ein Theil der National-Liberalen, namentlich am Rhein, zu den freikonserativen über den Tag legt, wird mit deren Stellung zur Kirchenpolitik getreulich. Es giebt keinen besser autorisirten Vertreter der Ansichten der heutigen freikonserativen Partei als Herr v. Karborski? Derselbe hat in der Reichstagsitzung vom 11. Januar d. J. (Stenogr. Bericht Seite 560) die Erklärung ab, daß nicht nur meine eigene freisinnige Stellung, sondern auch die meiner politischen Freunde durch die heutige Situation eine wesentlich modificirte geworden ist.“ Als Grund gab derselbe einmal das jetzige, „sehr verhältnißlose Angekommenen“ der Kurie an, und dann vor Allem die Zustimmung des Centrums zu dem neuen Zolltarif. „An diesem Punkte — sagte er — haben die Herren vom Centrum für Deutschland eine weitlich nationale That gethan, eine nationale That, als Diejenigen, welche das Wort „national im Munde führen und sie verweigert hatten.“ (Dravol. red.) So Herr v. Karborski, in den 70er Jahren der allererstgipfelte Kulturkämpfer, im Namen seiner Partei!

Etwas mehr hat bringt ein Artikel des „Osservatore Romano“ aus Rom. Das vatikanische Blatt scheint endlich einmal einen Stein über die Beziehungen Preußens zum Vatikan. Ein „Preußen und der Vatikan“ überschriebener Artikel leht jede Verantwortlichkeit und Schuld für das bisherige Mißgeschick der Säkularisation Unterhandlungen rundweg ab. Erst müssen die Grände des Landes weggemacht werden, sagt das päpstliche Blatt, bevor überhaupt ein vollständiger und dauerhafter Friede möglich wird. Das höchste, auf welches sich der heilige Stuhl einlassen will, ist, daß der bekannte Pöpstliche in den Erzbi'schöflichen Welsch als Grundlage der Ansprüche der Kurie angenommen wird. Der wichtigste Kern der ganzen Ausführung ist aber, daß der Papst die Regulirung der Angelegenheit durch das bestehende Maßgeß unter keiner Bedingung anerkennt, aber wohl bereit ist, über ein Abkommen, welches auf Gegenseitigkeit — also nicht auf dem Wege innerer staatlicher Gesetzgebung — beruht, zu verhandeln, wozu aber wie der „Osservatore“ ausdrücklich sagt, viel Zeit, Ueberlegung und Prüfung und nicht pure Ueberlieferung nötig ist, mit der man die Kurie zu einem Entschlusse zu drängen bemächtigt ist.

Die diesjährige Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen wird sich auch mit der Frage der Einführung lohnbindebarer Kundreisebilletts beschäftigen, die aus losen Streckencoupons beliebig zusammengesetzt werden. Die für die Frage eingesetzte Kommission wird beantragen, die Ausgabe solcher Billets auf die Sommermonate zu beschränken, als Maximaltour 600 Kilometer und als Gültigkeitsdauer 30 Tage festzusetzen, Freigepläd und Tarifermäßigungen für Kinder aber nicht zu gewähren. Die Ausgabe soll für 1., 2. und 3. Wagenklasse erfolgen.

Im April wurde in Berlin von einem deswegen zusammengetretenen Kreise preussischer Armenpfleger und anderer Förderer des Volkswohls ein Comité für einen allgemeinen deutschen Spartaientag gebildet, dessen geschäftliche Leitung in Bremen ist. Das Comité hat beschlossene, die Versammlung auf den 6. Dinstag Abends nach Darmstadt einzuladen, wo Tags darauf die deutschen Armenpfleger zu ihrem jährlichen Kongreß zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung stehen: 1) Rechtliche Lage des Spartaientages (Referenten: Stadtverordnetenmitglied Jordan in Glogau und A. Lammer in Bremen); 2) Ueber-

tragbarkeit der Sparfassenquasi (Referent Oberbürgermeister Kuntze in Bismarck); 3) Popularisierung der Sparfassenvereine (Referent Gutendirektor Knops in Bismarck). In der Frage der Einführung der Postparzellen in Deutschland verhält das Comité sich neutral. Je weniger dafür oder darüber durch bloße Agitation gethan werden kann, desto wichtiger erscheint der energische Betrieb lokaler Sparfassen-Reform, die übrigens nach Englands klaffiger Erfahrung auch durch die thätigste Postverwaltung nicht ersetzt oder verdrängt werden kann.

Aus der Rede des Abg. Dr. Hänel

in der Versammlung der Vertrauensmänner der liberalen Partei zu Neumünster am 26. Juli.

Die Wahlen zum Reichstag mit ihren leidenschaftlichen Kämpfen sind erst im Oktober des vorigen Jahres vollzogen. Sie ergaben einen Sieg der liberalen Sache, insbesondere durch die bedeutende Verstärkung der Fortschrittspartei und der Sectionisten. Freilich wir sind bescheiden, wenn wir von Sieg sprechen; denn auch nach ihm besaßen die drei liberalen Parteien noch kleiner Majorität, noch fehlten ihnen hierzu mehr als 30 Stimmen! Aber selbst dieser bescheidene Sieg ist kein definitiver. Niemandem, der die politischen Verhältnisse beobachtet, wird es zweifelhaft sein, daß, wenn die gute Chance unsen Gegnern gekommen schiene, die Auflösung des Reichstages und damit neue, wechselvolle Kämpfe bevorstünden. Die Vortheile, die der Liberalismus bei den Reichstagswahlen erlangen hat, er muß sie bei Gefahr des Verlustes bei den bevorstehenden Landtagswahlen verteidigen, behaupten, wenn möglich, verstärken! Aber nicht nur hier, auch in den neuen Verhältnissen Preußens selbst liegt die Bedeutung der Wahlen, zu deren Vorbereitung wir Sie auffordern.

M. H. Das ist die Signatur der abgelaufenen Legislaturperiode des Landtages gewesen, daß er — mit Ausnahme allerdings der einseitigen Begründung des Staats-einkommensteuersystems — auf keinem seiner Arbeitsgebiete zu einem Abschluß gekommen ist. In dem Kampf der Parteien untereinander und mit der Regierung sind die schwerwiegendsten Fragen aufgeworfen worden, welche wesentlich die künftige Entwicklung des preussischen Staates bedingen. Aber keine derselben ist durch eine endgültige Antwort erledigt. Der bevorstehende Landtag er ist es, der entscheiden wird, ob sie gelöst werden sollen in der Richtung der verstärkten Minderheitsbewegung, die in allen Punkten eingeleitet hat, oder aber ob wir wieder eintreten in die Bahnen liberaler Entwicklung und gebundenen Fortschritts.

Das gilt an erster Stelle von der Reform des preussischen Steuerwesens oder, besser gesagt, von der Revolution, von welcher dasselbe bedroht ist. Sie alle kennen den Ausgangspunkt. Wie ich denselben von der Streitfrage, ob Schutzoll oder Freihandel, so lautete das Programm der Regierung: Wir wollen eine unbestimmte Anzahl von Millionen an indirekten Steuern durch den Reichstag bewilligt erhalten, um sie zu verwenden zu einer Reform der Steuern in Preußen. Wir haben dem das äußerste Mißtrauen entgegengebracht. Der Erfolg hat das selbe gerechtfertigt. 145 Millionen an Zöllen und Stempeln sind im Reich bewilligt worden. Aber aus allen Steuerbewilligungen ist bis heute keine andere Steuerreform hervorgegangen, als die, daß aus 67 Millionen auf Preußen fallender Ueberschuldung ein Steuererlaß entstanden ist, der, nach meiner Ueberszeugung, jeder soliden Finanzwirtschaft widerspricht, ja in einem gewissen Sinne lediglich Fiktion ist. Denn den 14 Millionen erlassenen Steuern des vorigen Jahres steht eine Anleihe von 28 Millionen und den diesjährigen 6 Millionen die Restbegebung einer Anleihe von 29 Millionen gegenüber.

M. H. Den greifbarsten Mißerfolg ihres Programms hat die Regierung durch ein höchst merkwürdiges Mittel zu verdecken gesucht. Sie hat uns angeordnet, den nämlichen Weg, der uns einmal irreführt hat, noch einmal da zu betreten, wo er zum höchsten Mißrat führt. Das ist die Geschichte der beiden Verordnungen, die uns im vorigen Jahre ja den schon bewilligten 145 Millionen eine weitere Reichsbeilegerung von 115 Millionen und in diesem Jahre die erhöhte Summe von 188 Millionen in Aussicht stellte.

M. H. Alle liberalen Parteien sind darin einig, daß eine Reform des preussischen direkten Steuerwesens zu erstreben ist in doppelter Richtung: durch eine Reform der Klassen- und Einkommensteuer unter möglicher Erleichterung der bedrücktesten Steuerträger — technische Ergänzungen entstehen, ob dies besser durch einen völligen Erlaß der untersten Stufen oder durch eine gerechtere Abstufung der Steuerkräfte zu erfolgen habe; sodann durch eine Erleichterung der Kommunen theils in der Abänderung von ihnen getragener Staatslasten, theils in der Eröffnung neuer Steuerquellen.

Aber trotzdem weisen wir mit voller Entschiedenheit die Pläne zurück, welche die Regierung lassend und unsicher, wechselnd und widersprüchlich vorgelegt hat.

Wir weisen eine Reform zurück, welche eine unangemessene Vermehrung der indirekten Steuern mit ihrer ungleichmäßigen Belastung von Arm und Reich dazu benutzen will, um das System der direkten Steuern zu zerstoren, dieselben zu einem Verweil herabzusetzen; dieselben direkten Steuern, von denen selbst der Finanzminister Bitter behauptete, daß sie das Rückgrat einer gebundenen Finanzwirtschaft sein und bleiben müßten. Wir weisen es zurück, den Weg der Alimentation und Dotation der Einzelstaaten durch das Reich, der Gemeinden durch den Staat zu beschreiten — einen Weg, der notwendig dazu führt, die finanziellen Verantwortlichkeiten der Ordnung der eigenen Ausgaben durch die eigene Belastung abzuwickeln, die Freiheit der kommunalen Selbstverwaltung zu gefährden und der in der Fiktion vom Reich durch den Staat bis zu den Gemeinden die bewilligten Summen zerschanden läßt.

M. H., selbst in der Zusammenlegung des letzten Landtages ist es gelungen, die Pläne der Regierung zurück-

zuweisen. Der Reichstag ist gesolgt und hat durch Verwerfung des Tabakmonopols ein entscheidendes Halt geboten. Aber zweifellos — nur ein drittes Verordnungsgezet und nicht eine Steuerreform, in welche die Liberalen willigen könnten, steht uns bevor, wenn der Ausfall der Wahlen zum Landtag hierzu die Hand bietet.

M. H. Ganz gleich liegen die Dinge auf dem Gebiet der kirchlichen Gesetzgebung, entscheidende Rückschritte haben sich hier bereits vollzogen. Ich sehe sie nicht darin, daß man die Revisionsbedürftigkeit der Waigeetze erörtert — ich gebe dieselbe an vielen Punkten ihrer Detailbestimmungen zu. Auch ich mißbillige den Vorgang, welcher an Stelle einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche diskretionäre Vollmachten der Regierung legt. Ich finde die erstjüngste Möglichkeit der Rückkehr von katholischen Bischöfen ererbant, über welche das Urtheil eines Gerichtshofes lautet, daß sie die Gesetze des Staates so schwer verletzen haben, daß ihr Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unvereinbar erscheint. Aber nicht hier liegt für mich die Hauptsache. Sie liegt in einer Methode, welche einseitig weittragende Konzeptionen an die katholische Hierarchie und die ultramontane Agitation macht, lebenden Augen, daß dieselben auf die angebotenen, fast ausgedehnten Bedingungen hin den Frieden, ja auch nur einen Waffenstillstand nicht wollen, sondern das dieselben alle Angebote und Konzeptionen nur als Waffe gegen die Suprematie des Staates benutzen, daß sie ihre Siegesgewißheit steigern, nicht die Revision, sondern den grundsätzlichen Umsturz der Waigeetzgebung herbeizuführen. Vor allen Dingen haben alle unzeitigen Konzeptionen und Angebote — und sie sind zu meinem Bedauern auch von liberaler Seite gemacht worden — ungezigt, so lange auch nicht an einem Punkte die katholische Hierarchie zu einer Anerkennung der kirchenselbständigen Ordnungen des Staates gelangt — nur zu dem Erfolge geführt, den man voraussehen konnte und mühte, zu dem Erfolge, daß die Koalition der ultramontanen und konfessionellen Parteien gerade in der Richtung enger und enger geknüpft wurde, in welcher die liberalen Parteien ohne Ausnahme die schwerste Gefährdung erlitten. Es ist die Richtung des engherzigen und weltlichen Konfessionalismus, jener Konfessionalismus, welcher die verfassungsmäßige Parität der Religions-Parteien zu dem Separatismus verführt, welcher unsere Nation in zwei Lager getrennter Seite auseinanderreißt von der Geburt, durch die Ehe, bis zum Grabhügel, und welcher die Herrschaft der dogmatischen Kirche nicht auf dem beschränkten Gebiete des Religionsunterrichts, wo sie niemand bekämpft, sondern über die Wissenschaften, wo sie niemand bekämpft, sondern über die Volksschule begründen will. Hier vor allen Dingen liegen die Hindernisse, die wir gemacht haben und die uns bedrohen. Die leidenschaftlichen parlamentarischen Kämpfe um die Simultankonkurrenz haben dies grell beleuchtet. Und sicherlich, was es dem durch die bevorstehenden Wahlen verstärkten Liberalismus nicht gelang, den Staat von der absichtlichen Bahn, die er vier eingeschlagen hat, abzulernen, wird das Wort, das jetzt höchlich außer Mode gekommen und anrüchig geworden ist, seine innere Wahrheit nur zu sehr behaupten, das Wort, daß es sich bei der Stellungnahme der liberalen Parteien gegen die Uebergriffe der katholischen Hierarchie in der That um einen Kampf für unsere Kultur und unser nationales Leben handelte.

M. H. Nicht minder gefährdet liegen die Dinge auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation, insbesondere der Reformen der Selbstverwaltung.

Zweifellos, daß die städtischen Provinzen mit der Kreisordnung von 1872 und den Gesetzen von 1875 höchst bedeutende Fortschritte gemacht haben. Gewiss, die Gemeindeordnung hätte den natürlichen Ausgangspunkt bilden müssen, und daß man ihn nicht genommen, das rächt sich bitter in dem Augenblicke, wo man an die Ausdehnung der Verwaltungsorganisation auf die anderen Provinzen herantritt. Aber trotzdem — die Beförderung der feudalen Zusammenfassung der Kreis- und Provinzialvertretung, die Beseitigung der Laien an der Verwaltung, die Ausfüllung einer unpassenden kommunalen Provinzialvertretung, vor Allem die Begründung des Rechtszuges und des Rechtspruches auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes — das sind Früchte, deren Wert nur der einseitige Parteienpunkt verkennen kann. Aber kaum ist der erste Anfang gemacht, und die obersten Grundlagen festgelegt, so genügt den konfessionellen Gegnern einer vollständigen Verwaltung und freierer Selbstverwaltung ein Wort nicht mehr, daß die konfessionellen aller Minister, zwei Grafen Guleburg zu Patronen hatte. Heute ist der neue Minister Herr v. Pottlamer an einer Revision des kaum Vollendeten vom Kopf bis zum Fuße im Sinne neuesten Konfessionalismus.

Was dieser neueste Konfessionalismus uns bringt, das haben gerade uns die Entwürfe der Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein erwiesen. Es sind Entwürfe des reinsten bureaukratischen Schematismus, der von der wahren Lage unserer kommunalen Organisationen und einer an unsere historische Entwicklung anschließenden Fortbildung derselben auch nicht eine Ahnung hat. Die Grundlagen unserer selbständigen landwirtschaftlichen Verfassungen in Eiderstedt und beiden Dithmarschen werden rücksichtslos zerstört. Die städtischen Uebersiehe von Groß- und Kleingrundbesitz werden kreier aufgeproppert, deren historische Entwicklung und bestehende Zustände damit in grellem Widerspruch stehen. Die Einrichtung des Amtsvorsetzers und damit die Anlehnung der Polizeiverwaltung an die kommunale Selbstverwaltung wird gestrichen, um die polizeiliche Aufsicht über die Gemeinden Subalternbeamten und Beamten zu belassen. Und das Alles sollten wir annehmen, ohne das uns gleichzeitig auch das Gebot wurde, was die Verle der Verwaltungsorganisation in Preußen ist, die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Es ist uns gelungen, Zwitwörterbildungen zurückzuweisen, die nicht einmal konfessionellen Anforderungen entsprachen. Aber wir sind damit gewarnt, gewarnt auch in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, in welchen Gefahren sich

eine stetige und gesunde Fortbildung der Verwaltungsorganisation und der kommunalen Selbstverwaltung befindet.

Das, m. H., sind in den größten Grundfragen die Dinge, die in der vorigen Legislaturperiode zur Frage standen und die bei den Erneuerungsarbeiten auf dem Spiele stehen. Sie treffen die Kernpunkte des Liberalismus; es sind Fragen, mögen Unterchiede in allen Einzelheiten obwalten, über deren Grundrichtung alle liberalen Parteien einig sein können und zur Umkehr in der Gefahr einig sein müssen.

M. H. In dieser Lage der Dinge muß sich jeder Liberale, heiße er Fortschritt, Section oder Nationalliberal, gewissenhaft und leidenschaftlich die Frage vorlegen: welche Richtung wollen wir dem bevorstehenden Wahlkampf angedeihen? Hierauf giebt es nur die eine oder die andere Antwort. Entweder wir brücken dem Wahlkampf den Charakter eines Wahlkampfes unter den liberalen Parteien auf. Und dies wird trotz aller Proteste aber anderweitige gute Absichten ungewisslich und wie ich hiermit voraussetze, geschehen, wenn jede einzelne Fraktion in jedem einzelnen Wahlkreise rücksichtslos für sich vorgeht, rücksichtslos gegenüber den anderen Wahlkreisen und der Gesamtanlage der Parteiverhältnisse.

Oder aber wir bekennen uns zu der Grundanschauung Dieser Wahlkampf darf nicht ausarten in eine Bekämpfung der liberalen Parteien unter einander; das wahre Ziel und die wahre Aufgabe aller liberalen Parteien ohne Ausnahme ist es, daß sich der Liberalismus behauptet gegenüber der liberal-konfessionellen Koalition; unter Kampfesziele, allen der Arbeit und Anstrengung würdig, kann es nur sein, die jetzige parlamentarische Majorität, die Koalition, die heute unser politisches Leben verfaßt und verfaßt, zu beseitigen und an ihre Stelle eine liberale Majorität zu setzen. Wollen wir aber dieses Ziel, wollen wir auch nur die Annäherung an dasselbe erreichen, dann muß man auch, selbst unter Selbstverleugung, wenn sie gefordert wird, das einzige Mittel nehmen, das dahin führt. Das aber ist eine ehrliche und loyale Verständigung der liberalen Parteien unter einander, die Zutrauen erweckt und auf sich rechnen läßt, das Bestreben der Parteioptionen und Parteiführer diese Verständigung praktisch durchzuführen und der ernsteste Versuch überall da, wo nun einmal eine schwierige aus alten Streitverhältnissen entspannende Lage oder die Leidenschaft der Menschen einen Streitfall erhebt, denselben auf die engen Grenzen zurückzuführen. Gewiß, selbstverständlich und ungewisslich, keine Verständigung ohne gegenseitigkeit; keine Verständigung ohne das Zugeständnis, daß die liberalen Fraktionen in einer engeren Gemeinschaft stehen im Verhältnis zu jeder konfessionellen Fraktion. Gewiß der Boden einer Verständigung zwischen uns und der nationalliberalen Partei speziell würde in dem Augenblicke befestigt sein und die alten Gegensätze würden lebendig werden, wo dieselbe die Verständigung mit den konfessionellen im Gegensatz zu den anderen liberalen Parteien beabsichtigt oder nach ihrem jeweiligen Wortteil, von Fall zu Fall, sich hier die Koalition nach links, dort die Koalition nach rechts vorbeistellt. Allein, wir dürfen nach den Erklärungen, insbesondere nach der klaren Rede des nationalliberalen Führers, des Herrn von Bennigsen, die Voraussetzung machen, daß eine Verständigung auch von dieser Seite als möglich und wertig, ja als geboten erscheint. Gewiß ist es, daß nach persönlichen Erfahrungen, die ich bei den nationalliberalen Führern in unserer Provinz eingepolt habe, die nationalliberale Partei als solche hier zu Kunde einer Verständigung entgegenkommt.

M. H. Ich sage Verständigung! Niemand wird mir die Thorheit zutrauen, daß ich über die Differenzpunkte, die zwischen den verschiedenen liberalen Parteien obwalten, hinwegsehe, daß ich mir träumen lasse, dieselben mit einem Schlage hinwegzuräumen und zu vernichten. Ich habe manchen harten Kampf auch mit näher befreundeten Parteien gemessen anderer Fraktionen angeknüpft. Ich habe niemals da, wo diese Differenzpunkte zur Entscheidung standen, meine eigene Ueberszeugung verleugert oder auch abgewandert und werde es niemals thun. Aber ich weigere mich jedoch, diese Differenzpunkte schlechthin zum Entscheidungsgrunde für den Separatismus und die Isolierung der liberalen Parteien unter einander zu machen. Ich vertritt die schlechteste Methode der parlamentarischen Verhandlung und der Agitation, die es versuchen wollte, uns in den nämlichen Gegensatz zu den anderen liberalen Parteien künstlich hineinzuführen, der für mich besteht zwischen den liberalen einerseits und den konfessionellen und Ultramontanen und ihrer Koalition andererseits. Bei allen Dingen, ich weigere mich, die bestehenden Differenzpunkte auch dann noch in den Vordergrund zu rücken, wenn ein größerer politischer Zusammenhang ihre Zurückstellung erfordert, wenn die Zukunft des Liberalismus selbst mit allen seinen Unterschieden in Frage gestellt ist, wie dies heute geschieht.

So sehr und so fest bin ich von der Bedeutung und der Nothwendigkeit eines engeren und planmäßigen Zusammengehens der liberalen Parteien durchdrungen, daß, wenn man mir den eben genannten Boden wieder unter den Füßen wegziehen wollte, ich die Fesseln selbst desjenigen Fraktionsverbandes sprengen müßte und würde, dessen Programm ich rücksichtslos und ohne Vorbehalt vertreten habe und vertreten werde.

M. H. Wenn soweit die Entschiedenheit meiner Ueberszeugung geht, so folgere ich daraus: Lassen Sie uns das, was auf parlamentarischen Boden die liberalen Fraktionen angebahnt und beschlossen haben, auf die bevorstehende Wahlbewegung, soweit unser Einfluß und unser Wirkungsbereich reicht, anwenden. Warten wir, soweit es von uns abhängt, die Hand zu einer ehrlichen Verständigung der liberalen Parteien; lassen wir die Verantwortlichkeit des Mißerfolges Anderen. Hoffen wir, daß es uns gelingt, auf diesem Wege den Liberalismus nicht nur zu behaupten, sondern ihm in gemeinschaftlichem Sieg über die gemeinschaftlichen Gegner zu maßgebender Stärke zu erheben!

Verantwortlicher Redakteur Paul Woth in Halle.

